



23. März 2018

AUSGABE 2/2018

*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

fast sechs Monate nach der Bundestagswahl steht nun endlich die neue Regierung. Unsere Ministerriege hat viele neue und junge Gesichter bekommen: Svenja Schulze aus NRW wird neue Umweltministerin, Franziska Giffey übernimmt das Familienressort, Hubertus Heil das Ministerium für Arbeit und Soziales und Finanzminister sowie Vizekanzler wird Olaf Scholz. Weiter dem Kabinett angehören, jedoch mit neuen Ressorts, werden Katarina Barley (Justiz) und Heiko Maas (Außen).

Die neue Regierung muss jetzt kräftig auf die Tube drücken, damit die verlorene Regierungszeit wieder aufgeholt wird. Innerhalb der ersten 100 Tage soll der Gesetzentwurf für das Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit stehen. Hubertus Heil will zudem einen Masterplan gegen Kinderarmut erarbeiten und die Rentenkommission vor der Sommerpause einsetzen. Diese soll in zwei Jahren Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung in der Zeit nach 2025 vorlegen. Auch ein Entwurf zum Thema gleiche Krankenkassenbeiträge von Arbeitnehmern und -gebern soll zügig erarbeitet werden. Da machen wir dem Jens Spahn (neuer Gesundheitsminister) mal ein bisschen Druck. Spätestens zum 1. Januar 2019 muss es bei der Finanzierung der Krankenkassen wieder gerechter zugehen.

Wir müssen in der neuen Regierung selbstbewusster agieren und zeigen, was uns von CDU und CSU unterscheidet. Dazu gehört auch, dass wir unsinnige Äußerungen von Herrn Seehofer zum Islam oder Herrn Spahn zum Thema Hartz IV nicht unkommentiert stehen lassen. Aber wir müssen auch eigene Akzente setzen!

Für mich persönlich bleibt erstmal fast alles beim Alten: In der AG Wirtschaft und Energie bin ich erneut zur stellvertretenden Sprecherin gewählt worden. Ich werde mich dort weiterhin für kleine und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk einsetzen. In meiner ersten Rede in dieser Legislaturperiode habe ich dazu die wichtigsten Baustellen aufgezeigt: Fachkräftesicherung, Bürokratieabbau und Innovationsförderung. Neu ist allerdings, dass ich seit dieser Woche dem erweiterten Fraktionsvorstand angehöre.

Neustrukturierung bei RWE und Eon

RWE und Eon haben sich auf eine Übernahme der RWE-Tochter Innogy durch Eon verständigt. Im Gegenzug soll RWE einige Teile von Eon übernehmen. Am Standort Dortmund sind zurzeit ca. 2.800 Mitarbeiter bei Innogy und Westnetz beschäftigt.

Angesichts der Herausforderungen der Energiewende ist diese Neustrukturierung sinnvoll. Eon will sich in Zukunft auf die Stromnetze und den Vertrieb, RWE auf die Stromerzeugung fokussieren. Deutschland braucht wettbewerbsfähige Energieunternehmen, die genügend Investitionen tätigen und langfristig am Markt bestehen können.

Die Unternehmen haben die Absicht erklärt, Arbeitsplätze sozialverträglich abzubauen. Verdi unterstützt das. Meine Bestrebungen gehen darüber hinaus. Dortmund muss Vertriebsstandort und Standort für Westnetz bleiben. Mir ist klar, dass es bei so einer Umstrukturierung immer Arbeitsplatzverluste gibt. Wir sollten aber versuchen, Strukturbrüche für Dortmund zu vermeiden. In dieser Woche habe ich bereits mit dem Betriebsrat von Innogy Dortmund sowie mit dem Eon-Vorstand gesprochen. Ich bleibe für Dortmund weiter am Ball.

EU-Förderung für das Ruhrgebiet

Das Ausscheiden Großbritanniens aus der EU wird zur Folge haben, dass die von ihnen bisher eingezahlten Gelder der EU fehlen. Daher denkt die EU-Kommission darüber nach, auch Strukturfördermittel zu kürzen. Dies würde gerade Deutschland spüren, denn wir gelten innerhalb der EU als reiches Land. Kürzungen würden uns als erstes erreichen und das hätte Konsequenzen für das Ruhrgebiet. Dortmund konnte beispielsweise im letzten Jahr 95 Projekte anstoßen bzw. umsetzen, die mit Hilfe eines EU-Topfs mit über 43 Millionen Euro Gesamtinvestitionen gefördert wurden. Deshalb haben wir SPD-Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet in einer gemeinsamen Erklärung schon jetzt klar gemacht, dass die EU-Strukturfördermittel für das Ruhrgebiet unverzichtbar sind. Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Förderung nach 2020 fortgesetzt wird und strukturschwache Regionen weiter profitieren. Strukturpolitik steht für Solidarität – auch in Europa. Das muss auch zukünftig für die Menschen im Ruhrgebiet spürbar sein.

Informationen über Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

Für uns als SPD ist klar, dass der Paragraph 219a in seiner jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß ist. Er verbietet Werbung für Schwangerschaftsabbrüche. Allerdings ist das Verbot sehr weitgefasst. Seriöse Informationen auf Webseiten von Ärzten fallen ebenfalls darunter. Deshalb wollen wir eine Abschaffung bzw. eine Reform des Paragraphen. Frauen müssen und sollen sich über mögliche Schwangerschaftsabbrüche vernünftig informieren können. Und Ärzte, die dies anbieten, dürfen dafür nicht bestraft werden. Ursprünglich wollten wir daher einen Antrag in den Bundestag einbringen. In letzter Minute hat die Union jedoch eingelenkt und sich zu dem Thema bewegt. Deswegen erarbeitet unsere Justizministerin Katarina Barley nun einen Vorschlag, den wir gemeinsam tragen können. Falls die Union allerdings einen Rückzieher macht, behalten wir uns vor, unseren Antrag doch noch zur Abstimmung zu stellen.

Betreuungsmöglichkeiten bei Trennung offen lassen

Wenn sich Eltern trennen, bleibt in den allermeisten Fällen das Kind bei einem Elternteil und besucht den anderen Teil in regelmäßigen Abständen. Die FDP möchte das ändern und hat dazu einen Antrag eingebracht. Dieser sieht vor, dass es zur Regel wird, dass die Kinder abwechselnd bei beiden Elternteilen wohnen und so in gleichem Maße von beiden betreut werden. In manchen Fällen kann das eine gute Lösung sein, aber dafür kann es keine grundsätzliche Regelung geben. Das muss im Einvernehmen und vor allem im Interesse des Kindes von Fall zu Fall entschieden werden. Daher werden wir den Antrag der FDP ablehnen.

Strafzölle der USA

US-Präsident Donald Trump hat beschlossen, die Einfuhr von Stahl und Aluminium mit Zöllen zu belegen. Dadurch verteuert sich der Stahl aus anderen Ländern. Trump möchte damit die US-amerikanische Wirtschaft schützen und die eigene Produktion ankurbeln. Wir sind der Überzeugung, dass diese Entscheidung prinzipiell falsch ist. Strafzölle sind ein Instrument des 19. Jahrhunderts. Es gibt genügend Belege, dass sie langfristig der Wirtschaft eher schaden. Zudem widersprechen sie den Prinzipien der Welthandelsorganisation (WTO).

Deutschland führt nur 2,5 % Stahl in die USA ein. Eine Versteuerung ist eigentlich Quatsch, weil wir bzw. die EU nicht das Problem für die USA sind. Sollten aber andere Länder ihren Stahl nicht mehr in den USA absetzen können, überschwemmt dieser die anderen Märkte. Dadurch hätte unsere Stahlindustrie dann erhebliche Absatzschwierigkeiten. Aus diesem Grund will Deutschland auf jeden Fall einen Handelskrieg vermeiden. Vorerst wurde zumindest erreicht, dass die EU für eine Übergangszeit eine Ausnahmeregelung bekommt. Bis Mai muss allerdings eine grundsätzlichere Lösung gefunden werden.

Vorgehen der Türkei in Syrien ist völkerrechtswidrig

Der Einmarsch der Türkei in Syrien ist meines Erachtens nach völkerrechtswidrig. Sie rechtfertigen ihr Handeln damit, dass die dort aktive kurdische Selbstverteidigungseinheit (YPG) der verlängerte Arm der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK sei und die Türkei bedrohe. Diese Gruppe kämpft gegen das Assad-Regime und wird dafür von den USA unterstützt. Davon abgesehen gibt es keine Beweise für eine Bedrohung der Türkei von Seiten der YPG. Nach dem UN-Selbstverteidigungsrecht müsste das allerdings gegeben sein. Es kann auch nicht sein, dass ein Land in ein anderes Land einmarschiert, weil es von Terroristen bedroht wird, die sich evtl. in diesem Land befinden. Diesen Fall hatten wir schon mit dem Irak. Auch jetzt scheinen die Gründe fadenscheinig. Für mich ist somit klar, dass das Verhalten der Türkei absolut nicht akzeptabel ist und sie schnellstmöglich dazu gebracht werden muss, Syrien wieder zu verlassen.

Für mich und meine Familie geht es jetzt erstmal ab in den Osterurlaub. Danach bin ich zwei Wochen in Dortmund unterwegs, bevor die heiße Phase vor der Sommerpause in Berlin beginnt.

Um Anstöße für die Erneuerung der SPD zu bekommen, habe ich unseren Generalsekretär Lars Klingbeil gebeten, mal in Dortmund vorbeizuschauen. Am 3. Mai um 17 Uhr ist es soweit und er stellt sich in lockerer Atmosphäre unseren Fragen. Merkt euch den Termin schon einmal vor, denn das solltet ihr nicht verpassen. Natürlich erfolgt noch eine gesonderte Einladung.

Euch und euren Familien wünsche ich schon einmal ein frohes Osterfest!

Liebe Grüße

Eure 

**FROHE
OSTERTAGE!**

